



# Pressemitteilung

Nürnberg, 21.02.2011  
PM 19/LFGS  
Naturschutz

## Leben und leben lassen! Schluss mit Kampagnen gegen Wildtiere

**Anlässlich einer landesweiten Kampagne gegen seltene oder wiederkehrende Tierarten und offenem Aufruf zum Bruch des Naturschutzgesetzes fordert der BN, dass sich alle Almbauern, Angler, Teichwirte und Politiker an Recht und Gesetz halten und diese Tiere nicht als Sündenböcke für andere Fehlentwicklungen missbrauchen. Wolf, Luchs, Biber, Kormoran oder Fischotter brauchen zum Überleben aber auch einen Beitrag der gesamten Gesellschaft: überfällig ist ein staatlicher Härtefonds mit Ausgleich besonderer Einzelschäden, Mittel für Präventionsmaßnahmen und ein staatlich getragenes Beratersystem als Mittler zwischen Mensch und Wildtier. Die nötigen Mittel des Freistaates sind von derzeit jährlich ca. 0,8 Mio. € kurzfristig auf ca. 2,5 Mio. € aufzustocken.**

Im Bayerischen Naturschutzgesetz wurde 1998 von der Staatsregierung im Artikel 1 der natürlichen Schöpfung ein eigener Wert zuerkannt („... sind Natur und Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen ... zu schützen“). In krassstem Gegensatz dazu steht die politische Realität in Bayern: es wird im ländlichen Raum gezielt Stimmung gemacht gegen rückkehrende Arten. Einzelschäden werden zur Existenzgefährdung aufgebauscht. Fischotter, Biber, Kormoran, Wolf und Luchs werden als Sündenböcke benutzt, um abzulenken von den eigenen Defiziten sowohl beim Schutz von Fließgewässern wie bei der fehlgeleiteten Agrarpolitik.

Typische Forderungen aus den letzten drei Monaten: „Der bayerische Alpenraum ist als wolfsfreies Gebiet auszuweisen (No-go-area)“, „Der Freistaat Bayern wirkt darauf hin, daß es zu keinen Emissionen benachbarter Wolfspopulationen in den bayerischen Alpenraum kommt“ und „Der im Mangfallgebirge ansässige Wolf ist unverzüglich zu entnehmen“ (Almwirtschaftlicher Verein Oberbayern) / „Hier ist kein Lebensraum für diese Tierart - der Wolf muss weg“ (Bürgermeister Hans Hofer, Bad Feilnbach) / „Mut zu einer sinnvollen Bestandsregulierung des Fischotters“ (Landtagsabgeordneter Konrad Kobler, CSU) / „Die Bestandsreduktion mit Fanggenehmigungen für den Otter muss kommen“ (Alois Rosenberger, Vorsitzender Bezirksfischereiverein Wegscheid) / „Biberplage“ (MdL Reinhard Pachner, CSU) / „deshalb wird dieses Ungeziefer jetzt geschossen“ (Kreisrat Hans Keil, CSU, Landshut, zu Biber) / „Auflösung und nachhaltige Verhinderung der Etablierung von Kormorankolonien in der Oberpfalz“ (Resolution Bezirkstag der Oberpfalz).

Landesfach-  
geschäftsstelle  
Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0  
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

Die Diskussion ist geprägt von ökologischer Ignoranz. Zentrale Denkmuster sind „Fehlen natürlicher Feinde“, „Übervermehrung“ und „nötige Reduzierung“. Die umstrittenen Arten sind Endglieder von Nahrungsketten oder selbst Großraubtiere: sie hatten noch nie „natürliche Feinde“, auch nicht in menschenfreien Urlandschaften. Der entscheidende bestandsbegrenzende Faktor ist das Nahrungsangebot in Form von Pflanzen- oder Fleischbiomasse in der Landschaft. Sie regulieren sich selbst, mit seit Jahrmillionen erprobten Reviersystemen und höchst intelligenter Anpassung der Nachwuchszahl an das Nahrungsangebot. Für uns Menschen als Spitzenraubtier, das diesen Planeten hemmungslos ausplündert, scheint das vielleicht deswegen so schwer verständlich, weil uns eine derartige Selbstbeschränkung sehr schwer fällt.

„Übervermehrung“ ist biologisch unmöglich. Wildtierbestände sind Reaktionen auf das Nahrungs- und Lebensraumangebot in der Landschaft. Das gilt für zunehmende Wildschweinbestände als Folge der von Biogasanlagen verursachten Zunahme von Mais ebenso wie Luchs oder Wolf, die von einem gehegten Reh- und Hirschbestand profitieren könnten, der höher ist als je in historischer Zeit. Wenn Stickstoffdünger vom Himmel regnet und Güllefluten die Biomasse erhöhen, damit Pflanzenfresser darauf positiv reagieren, ist auch für Fleischfresser genug Nahrung da.

„Regulation“ oder „Reduzierung“ in Form von landesweiten Jagdzeiten, also das schlichte Hineinschießen in die Bestände, würde die sehr seltenen Arten wie Wolf, Luchs oder Otter sofort gefährden. Bei weiter verbreiteten Arten wie Kormoran oder Biber bringt diese in doppeltem Wortsinne Schrotschussmethode von Freizeitjägern nichts. Hier hilft nur gezieltes und punktuelles Eingreifen im Rahmen eines Wildtiermanagements (Präventionsmaßnahmen, Vergrämung, Töten an besonderen Konfliktorten).

Viele Probleme sind zudem menschenverursacht: wer in der freien Landschaft Fischteiche systematisch von natürlichen Versteckmöglichkeiten wie Schilf und Seerosen „säubert“ und in diesen nackten Badewannen eine unnatürlich hohe Fischdichte erzeugt oder wer Hunderte von Forellen in quadratmetergroße Becken sperrt, der kann schlecht dem natürlichen Fischfresser vorwerfen, dass er auf diese Massentierhaltung unter Wasser reagiert. Wer bis zum Gewässer ackert, verursacht zwangsläufig Biberschäden. Wer meint, Schafe im Alpenraum frei laufen lassen zu können, was es bis zur Ausrottung des Wolfes in der Menschheitsgeschichte nie gab, muß seine Nutzungsform anpassen.

Prof. Hubert Weiger, Vorsitzender des BN: „Es muss endlich Schluss damit sein, dass Arten wie Wolf, Biber, Fischotter oder Kormoran Gegenstand verleumderischer Kampagnen sind. Landesweit werden Wildtiere als politische Sündenböcke missbraucht, um von eigenen Fehlern abzulenken.“

Sündenböcke sind diese Arten auch zur Kaschierung der eigentlichen Rückgangsursachen, an die man sich nicht herantraut: 2005 für Oberfranken von Fischereiverbänden selbst publizierte Untersuchungen zeigen, dass unsere Fließgewässer unter regelrechten Schlamm- und Sandlawinen begraben werden. Die Verschlammung durch Bodenerosion aus der Landwirtschaft, durch Abflüsse aus Baugebieten, Straßenabläufen und Drainagen vernichtet die Laichplätze aller kieslaichenden Fischarten. Beispiel Wiesent im Lkr. Forchheim: hier befinden sich bereits ca. 95.000 Tonnen Sand und Schlamm im Fluss und es kommen jedes Jahr mindestens 2.000 Tonnen hinzu, von denen ca. 1.200 Tonnen aus flächenhaftem Bodenabtrag von Landwirtschaftsflächen, insbesondere von Äckern stammen.

Und wer gilt auch an der Wiesent aus Sicht der Fischer und einiger Kommunalpolitiker als der große Feind der Kieslaicher? Im Winter durchziehende Kormorane! Hier werden die Augen verschlossen vor den eigentlichen Ursachen, man scheut die Auseinandersetzung mit der Landwirtschaft oder mit eigenen Fehlentscheidungen bei früheren Flurbereinigungen oder Baugebietsausweisungen. Stattdessen werden Wildtiere als Sündenböcke missbraucht.

Beim rigorosen Abschließen und Töten von Wildtieren ohne vernünftigen Grund ist Bayern bundesweiter Spitzenreiter. Der Bär Bruno 2006 war kein Einzelfall: Abschuss von Wölfen im Bayerischen Wald 1976, 2002 und 2004, Abschuss von Kormoranen seit 1996 bis 2010: ca. 72.000 Kormorane (allein im Winter 2009/2010: 8.724 gemeldete Abschüsse), Abschuss von 5.300 Graureihern, 25.000 Elstern, 50.000 Rabenkrähen, 30.000 Eichelhähern pro Jahr in Bayern und anhaltende illegale Tötungen von Luchs und Biber.

Mit dieser Politik des Tötens als Ablenkung von den eigentlichen Problemen muss endlich Schluss sein. Der BN lässt nicht zu, dass eine Hetze gegen Tierarten erfolgt, um Fehler einer ökologisch nicht nachhaltigen Landnutzung oder eigene politische Defizite zu kaschieren!

Auffallend ist dabei die Ungleichbehandlung von Arten, die dem Jagdrecht unterliegen gegenüber Arten, die dem Naturschutzrecht unterstehen: die deutschen Bürger zahlen bei Wildunfällen mit jagdlichen Arten über ihre Kfz-Versicherungsbeiträge pro Jahr 415 Mio. €, in Bayern allein über 200.000 € pro Tag! Ausgaben für wiederkehrende Wildtiere bei Schäden einzelner betroffener Landwirte liegen landesweit im Bereich weniger hunderttausend € pro Jahr.

Bayern hat immer noch massive Defizite bei der Rückkehr von Wildtieren. Der BN erneuert daher seine langjährigen Forderungen zum Wildtiermanagement und zur Renaturierung von gestörten Lebensräumen als eigentliche Ursache vieler Probleme:

**Forderungen des BN:**

1. Beseitigung der eigentlichen Ursachen vieler Probleme: **Renaturierung** von Quellen, Fließgewässern und Auen / finanziell attraktives Förderprogramm zur Renaturierung kahler Fischeiche für eine naturnahe Teichwirtschaft / nicht genutzte breite Uferstreifen (20 m) / strikter Grünlandschutz / Rückumwandlung Äcker in Wiesen / Umorientierung der landwirtschaftlichen Förderung – alles grundsätzliche Ziele, die sich auch der Freistaat Bayern in seiner **Biodiversitätsstrategie Bayern** (Ministerratsbeschluss 2008) gesetzt hat oder zu deren Realisierung eigentlich Gesetze und internationale Verpflichtungen bestehen.
2. Der BN begrüßt die Erhöhung des **Härtefonds** Biber um 100.000 € durch Umweltminister Söder. Neu geschaffen werden sollen Ausgleichsmöglichkeiten für den Fischotter durch das Landwirtschaftsministerium und eine Otter-Beraterstelle. Für alle relevanten Arten sind großzügige und unbürokratische finanzielle Hilfen für Vorsorge- und Präventionsmaßnahmen zu gewähren – und insbesondere beim Wolf sofort umzusetzen.
3. Die bestehenden landesweiten **Managementpläne** Wolf und Luchs sind vom Umweltministerium umgehend unter Einhaltung der europäischen Schutzvorgaben fortzuschreiben. Der überfällige Plan zum Fischotter ist vom Landwirtschaftsministerium endlich abzuschließen.
4. Es muss eine intensive und proaktive staatliche **Öffentlichkeitskampagne** mit Information über diese Arten in der Bevölkerung erfolgen. Wir haben über viele Menschengenerationen verlernt, mit großen Wildtieren umzugehen. Für deren langfristige Akzeptanz ist der Abbau von Vorurteilen und mitunter tief sitzenden Ängsten zwingend erforderlich. Dazu sind auch „Runde Tische“ in den jeweiligen Regionen zwischen Politik, Landnutzern und Naturschutz zu schaffen.

für Rückfragen:

Bund Naturschutz Landesfachgeschäftsstelle, BN-Artenschutzreferat:  
Dr. Kai Frobel, Tel.: 0911-81878-19, E-Mail: kai.frobel@bund-naturschutz.de  
BN Fachabteilung München (Südbayern): Dr. Christine Margraf,  
Tel.: 089-548298-89, E-Mail: christine.margraf@bund-naturschutz.de